



Rathaus

Umschau

Dienstag, 31. Januar 2017

Ausgabe 021

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Medaille „München leuchtet“ für Monika Burger und Dr. Nicosia Nieß	3
› „Region findet Stadt! Wohnen und Mehr“ in der Rathausgalerie	4
› Von Topf-Sets bis Laptops: Fundbüro versteigert Fundsachen	5
› Ausstellung „Industriestillleben“ in der Stadtbibliothek Moosach	5
› Impressionen von Roswitha Huber in der Stadtbibliothek Laim	6
› Münchner Hoagartn in Feldmoching	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	



Terminhinweise

Wiederholung

Mittwoch, 1. Februar, 10 Uhr, „Young Refugee Center“, Marsstraße 19

Sozialreferentin Dorothee Schiwy nimmt eine Spende des Gewinn-Sparvereins der Sparda-Bank München eG in Höhe von 40.000 Euro entgegen. Die Spende überreicht Christine Miedl, Direktorin der Unternehmenskommunikation der Sparda-Bank München eG. Von der Spende wird das Stadtjugendamt ein Fahrzeug erwerben, um Kinder und Jugendliche beispielsweise zu Arztbesuchen, Behörden oder anderen Einrichtungen zu fahren. Bisher müssen hierfür Taxis oder Mietfahrzeuge gebucht werden.

Wiederholung

Mittwoch, 1. Februar, 10 Uhr,

Gasteig, Erdgeschoss 0.125, Rosenheimer Straße 5

Vorstellung des Eröffnungsprogramms für das neue Bildungszentrum Einstein 28, das am 4. März eröffnet wird. Dr. Susanne May, Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule (MVHS), und Professor Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, stellen bei einem Pressegespräch das Haus und die über 250 kostenlosen Veranstaltungen vor, mit denen eine Woche lang das Einstein 28 gefeiert wird.

Außerdem gibt es einen Überblick über das Frühjahrs- und Sommer-Programm der Münchner Volkshochschule mit allen Programm-Highlights.

Ab 1. Februar ist das neue Gesamtprogramm der MVHS in allen Zentren und Außenstellen sowie in der Stadt-Information im Rathaus und in Buchhandlungen erhältlich.

Weitere Auskünfte telefonisch unter 4 80 06-61 88 sowie per E-Mail an susanne.loessl@mvhs.de

Freitag, 3. Februar, 12.45 Uhr, Schmaedelstraße 29

Stadtrat Thomas Ranft (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten)) gratuliert der Münchner Bürgerin Josepha Bannister im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Freitag, 3. Februar, 14.30 Uhr, Osterwaldstraße 25

Stadträtin Julia Schönfeld-Knor (SPD-Fraktion) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Schulz im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.



Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 7. Februar, 18 bis 19 Uhr,

Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 7. Februar, 19.30 Uhr, Bayerische Landesbank, Arkadensaal,
Oskar-von-Miller-Ring 3 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 7. Februar, 19 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost, Bürger-
saal, Züricher Straße 35 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen – Obersendling – Forstenried – Fürstenried – Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Dr. Ludwig Weidinger statt.

**Dienstag, 7. Februar, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing,
Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing – Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Romanus Scholz statt.

**Dienstag, 7. Februar, 19.30 Uhr, Alten- und Service-Zentrum Laim,
Kiem-Pauli-Weg 22 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Josef Mögele statt.

Meldungen

Medaille „München leuchtet“ für Monika Burger und Dr. Nicosia Nieß

(31.1.2017) Bürgermeisterin Christine Strobl hat zwei langjährige Mitglieder des Behindertenbeirates mit der Medaille „München leuchtet“ ausgezeichnet: Monika Burger und Dr. Nicosia Nieß.

Der ehrenamtliche Behindertenbeirat wurde vor über 40 Jahren vom Stadtrat ins Leben gerufen und vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderungen und trägt dazu bei, allen Menschen eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Verschiedene Schwerpunkte wie Mobilität, Arbeit, Tourismus und Unterstützungsange-

bote für Menschen mit Behinderungen werden in acht Facharbeitskreisen behandelt.

Bürgermeisterin Strobl unterstrich das „unglaublich starke ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich, das die Stadt auch in einigen Fragen vorgebracht hat.“ Sie freue sich außerordentlich, dass Monika Burger und Dr. Nicosia Nieß seit mehr als zwölf Jahren im Behindertenbeirat mitarbeiten und mit Überzeugung und Begeisterung viel Zeit investieren. Burgers Einsatz für das umfassende Informationsangebot über barrierefreien Tourismus in München und das intensive Bemühen von Nieß, Menschen mit Behinderungen stets eine gute Beratung und Unterstützung anzubieten, wurde von Bürgermeisterin Strobl sehr gewürdigt. „Dieses große Engagement über einen langen Zeitraum hat uns bewogen, diese Ehrung vorzunehmen“, erklärte Bürgermeisterin Strobl.

Aus dem Stadtrat nahmen Christian Müller (SPD-Fraktion), Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) sowie Brigitte Wolf (Die Linke) an der Preisverleihung teil.

„Region findet Stadt! Wohnen und Mehr“ in der Rathausgalerie

(31.1.2017) Die Schaffung von mehr Wohnraum ist eine zentrale Aufgabe in der gesamten Region München. Wer engagiert sich wie und wo, welche neuen Nachbarschaften entstehen dabei? Wie verändert sich die Region? Und welche neuen Kooperationen und Allianzen sind erforderlich, um Siedlung, Landschaft und Infrastruktur gemeinsam fortzuentwickeln? Um diese Fragen dreht sich die Veranstaltung „Region findet Stadt! Wohnen und Mehr“ am Mittwoch, 1. Februar, um 19 Uhr in der Kassenhalle der Rathausgalerie, Marienplatz 8. Der Eintritt ist frei.

Zu Beginn der Veranstaltung präsentieren Kommunalreferent Axel Markwardt, der Architekt und Vorsitzende des Deutschen Werkbundes Bayern Christian Böhm, der Immobilienökonom Michael Ehret sowie der Feinkosthändler Michael Käfer Projekte und Kooperationen aus der Region. Im Anschluss diskutieren Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, der Ge-
retsrieder Bürgermeister Michael Müller, die Freisinger Stadtbaumeisterin Barbara Schelle sowie der Oberhachinger Bürgermeister Stefan Schelle unter Moderation von Anja Wilde über Identität und Lebensqualität in der wachsenden Stadtregion.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Jahresausstellung „Mehr Wohnen“ des Referats für Stadtplanung und Bauordnung statt, die noch bis 23. Februar in der Rathausgalerie zu sehen ist. Alle Informationen zum Programm der Jahresausstellung sind unter www.muenchen.de/mehrwohnen zu finden.



Von Topf-Sets bis Laptops: Fundbüro versteigert Fundsachen

(31.1.2017) Das städtische Fundbüro versteigert am Donnerstag, 2. Februar, ab 9.30 Uhr nicht abgeholte Fundsachen. Die Versteigerung findet im Multifunktionsraum des Kreisverwaltungsreferats, Ruppertstraße 11, statt. Angeboten werden vor allem hochwertige Gegenstände wie Smartphones, Schmuck, Uhren, Spiegelreflexkameras und Unterhaltungselektronik wie Laptops und Beamer. Auch ein originalverpackter Computertisch, Topf-Sets und Wiesn-Sammlerkrüge sind im Angebot. Insgesamt umfasst der Katalog rund 1.800 Gegenstände, die in etwa 300 Posten versteigert werden. Bekleidung ist nicht im Angebot, diese kommt gemeinnützigen Zwecken zugute. Fahrräder werden gesondert am 4. März beim Münchner Radflohmärkte versteigert.

Ab 8.30 Uhr können sich Bieter im KVR-Multifunktionsraum registrieren lassen, danach erhalten sie die Versteigerungslisten und können die Gegenstände besichtigen. Die Fundstücke sind gebraucht, nicht gewartet und ohne Gewährleistung für Beschaffenheit, Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit. Ersteigerte Gegenstände müssen vor Ort in bar bezahlt werden. Der Erlös fließt in die Stadtkasse der Landeshauptstadt. Am Tag der Versteigerung ist das Städtische Fundbüro, Oetztaler Straße 19, geschlossen. Informationen zu den regulären Öffnungszeiten und dem Serviceangebot des Fundbüros gibt es im Internet auf www.fundbuero-muenchen.de.

Ausstellung „Industriestillleben“ in der Stadtbibliothek Moosach

(31.1.2017) Vom 6. Februar bis 30. März zeigt die Stadtbibliothek Moosach in der Hanauer Straße 61a Bilder von Wolfgang Lippstreu in der Ausstellung „Industriestillleben“. Seit das Ruhrgebiet im Jahr 2010 Kulturhauptstadt war, sind Industrielandschaften Lippstreus Faszinosum. Sie waren auch Themen seiner Gemälde in zahlreichen Ausstellungen. Vor allem die Industrielandschaften seiner Kindheit in Duisburg, die Zechen und Kokeereien des Ruhrgebietes sowie internationale Industriekomplexe inspirierten den Künstler. Skizzen und Fotos vor Ort, auf Reisen, auf Fahrradtouren und auf Pilgerwegen sowie Industriefotografien von Bernd und Hilla Becher und Dirk Thomas sind Anreize für Wolfgang Lippstreus Schaffen. Derzeit beschäftigt sich der Künstler mit bildnerischen Überschneidungen, bei denen Ruinen von Kathedralen eine zentrale Rolle spielen. Die Vernissage findet am 3. Februar von 19.30 bis 21 Uhr statt. Eintritt frei.

Achtung Redaktionen: Wolfgang Lippstreu steht für Interviews zur Verfügung unter Telefon 0157 - 70 44 10 47, per E-mail an wolfgang.lippstreu@gmx.de. Weitere Informationen unter www.wolfgang-lippstreu.com.



Impressionen von Roswitha Huber in der Stadtbibliothek Laim

(31.1.2017) Malen und Zeichnen, dafür hat Roswitha Huber sich ein Leben lang begeistert. Nach vielen Fortbildungen bei verschiedenen Künstlern beschäftigt sie sich seit 2009 intensiv mit Aquarellmalerei und Mischtechnik. Die Ausstellung in der Stadtbibliothek Laim, Fürstenrieder Straße 53, Telefon 127 37 33 - 0, zeigt von Freitag, 3. Februar, bis Mittwoch, 29. März, einen Querschnitt dieser Schaffensphase. Sie ist geöffnet während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, 10 bis 19 Uhr, Mittwoch, 14 bis 19 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Münchner Hoagartn in Feldmoching

(31.1.2017) Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München lädt am Freitag, 3. Februar, um 19 Uhr zum Münchner Hoagartn in den „Feldmochinger Hof“ in der Feldmochinger Straße 389 ein. Zum Singen und Musizieren treffen sich die „Sendlinger Sänger“ und die „Sendlinger Zithermusik“, Ingrid Fladerer, der „Dorfner Zwoagsang“, „de Vadrachdn“ und „de Zwoa“. Durch den Abend führt Helmut Schweiger. Publikum ist herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei, Saalöffnung ab 18 Uhr, Platzreservierungen sind nicht möglich.

Der Münchner Hoagartn ist ein regelmäßig in bayerischen Wirtshäusern stattfindendes öffentliches und moderiertes Sänger- und Musikantentreffen. Anmeldung für interessierte Gesangs- und Musikgruppen per E-Mail an volkskultur@muenchen.de. Die Münchner Hoagartn werden abwechselnd in verschiedenen Stadtteilen veranstaltet.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 31. Januar 2017

Einheitlicher Ansprechpartner bei Drehgenehmigungen in der Münchner Stadtverwaltung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Cumali Naz, Klaus Peter Rupp, Helmut Schmid, Julia Schönfeld-Knor, Christian Vorländer und Beatrix Zurek (SPD-Fraktion) vom 12.3.2015

Ladestationen für Mobiltelefone einrichten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Richard Quaas, Georg Schlagbauer, Thomas Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion) vom 22.4.2015

Kreislaufwirtschaft als Chance begreifen III

Aushang der Termine Münchner Repair Cafés in allen Münchner Wertstoffhöfen

Kreislaufwirtschaft als Chance begreifen IV

Attraktive, künstlerische Neugestaltung der Münchner Wertstoffcontainer

Anträge Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) und Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP) vom 8.12.2016

Keine Antwort ist auch eine Antwort – nochmals nachgefragt:

Sex-Übergriffe junger „Flüchtlinge“ im Münchner Rathaus

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.1.2017

Keine Islam-Propaganda in München – Koran-Verteilungen stoppen!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.10.2016



Einheitlicher Ansprechpartner bei Drehgenehmigungen in der Münchner Stadtverwaltung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Cumali Naz, Klaus Peter Rupp, Helmut Schmid, Julia Schönfeld-Knor, Christian Vorländer und Beatrix Zurek (SPD-Fraktion) vom 12.3.2015

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

In Ihrem Antrag fordern Sie, das neue „Servicebüro Film“ solle auch Anfragen zu Drehgenehmigungen in Gebäuden der Münchner Stadtverwaltung sowie den Eigenbetrieben koordinieren und so weiter die Erteilung von Drehgenehmigungen beschleunigen. Ziel ist es einzelne – gegebenenfalls aufwändige – Anfragen in den einzelnen Referaten und Betrieben entfallen zu lassen.

Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister schriftlich zu beantworten.

Ich bedanke mich zunächst für die gewährte Fristverlängerung.

Im Februar 2016 startete in der Verkehrsabteilung des Kreisverwaltungsreferates das Servicebüro Film mit drei Sachbearbeitern und der Ablauf und das Aufgabenspektrum hat sich zwischenzeitlich eingespielt. Aufgrund der Erfahrungen in einer kompletten „Filmsaison“ können wir Ihnen eine aussagekräftige Rückmeldung zu Ihrem Antrag geben.

Das Servicebüro Film bearbeitet die Anträge für Filmaufnahmen auf öffentlichem Verkehrsgrund und in städtischen Grünanlagen und erteilt sogenannte Drehgenehmigungen. Bei der Prüfung der Anträge steht stets die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs und der Schutz der Verkehrsteilnehmer im Vordergrund. Daher kann nicht jeder Wunsch der Filmbranche im beantragten Umfang und Ausmaß genehmigt werden.



Seitens der Filmwirtschaft wurden die Einführung des Filmbüros und die bisherige Arbeit stets gelobt. Es stehen der Filmbranche drei direkte Ansprechpartner zur Verfügung, die gesamte Filmprojekte betreuen und die eingereichten Anträge zeitnah bearbeiten. Seit Eröffnung des Servicebüros bis Ende November wurden 724 Drehgenehmigungen auf öffentlichem Verkehrsgrund und 158 Drehgenehmigungen in städtischen Grünanlagen erstellt. Zusätzlich wurden stadtweit 1.452 Halteverbotszonen für den notwendigen Fuhrpark bei Innen- und Außendrehaufnahmen genehmigt.

Filmanfragen auf städtischem Privatgrund und in städtischen Gebäuden bearbeiten die jeweiligen Referate und Eigenbetriebe in eigener Zuständigkeit, sie schließen direkt Verträge mit den Antragstellern. Diese Verträge enthalten spezielle auf die Örtlichkeit bezogene Regelungen, wie zum Beispiel die Notwendigkeit und die Vergütung eines Kontroll- oder Bewachungsdienstes außerhalb der üblichen Arbeitszeit.

Im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) ist im Fachbereich Wirtschaftsförderung die Filmbeauftragte der Stadt München angesiedelt. In dieser Funktion und als Service des Einheitlichen Ansprechpartners (EAP) wird dort eine Standortinfo „Drehen in der Landeshauptstadt“ mit den Kontaktdaten aller entsprechenden Ansprechpartner herausgegeben. Der Leitfaden steht der Filmbranche auf dem Internetportal der Landeshauptstadt München unter http://www.wirtschaft-muenchen.de/publikationen/pdfs/Drehgenehmigungen_d.pdf zur Verfügung und wird auch über das Medienportal des FilmFernsehFonds Bayern (FFF Bayern) weitervermittelt. Zudem bietet der Service EAP auf Wunsch Beratung und Koordination bei Drehanfragen, die mehrere städtische Referate betreffen.

Den ansässigen Filmproduktionen sind die aktuellen Ansprechpartner in den Referaten für die Anmietung der Liegenschaften auch aufgrund vorangegangener Filmprojekte und Drehanfragen bekannt. Bei Fragen der Produktionen oder Anfragen von auswärtigen Firmen gibt das Servicebüro Film bereits bisher Auskünfte und gegebenenfalls die bekannten Kontaktdaten weiter. Es ist beabsichtigt, diesen Service weiter auszubauen, unter anderem einen eigenen Auftritt „Drehen in der Landeshauptstadt München“ auf dem Internetportal der Landeshauptstadt München zu installieren. Auf diese Weise kann das Servicebüro die „Lotsenfunktion“ ausbauen und fortführen sowie die Aufgabe des EAP für die Filmbranche ergänzen. Dazu gehört auch ein regelmäßiger Austausch zwischen den beiden Referaten.



Zur weiteren organisatorischen Veränderungen ist folgendes festzustellen:

Bei der Bearbeitung Ihres Antrages wurden alle Referate um Stellungnahme gebeten. Fast durchgängig kam die Rückmeldung, dass das bewährte Verfahren beibehalten werden soll. So genehmigt zum Beispiel das Referat für Bildung und Sport (RBS), Zentrales Immobilienmanagement, alle Film- und Fotoaufnahmen, die in den Städtischen Schulanlagen stattfinden. Dort erfordern die Verträge in der Regel intensive Abstimmungen mit Schulleitung und Technischer Hausverwaltung. Zudem sind genaue Kenntnisse der Schulanlage und des Schulbetriebs laut Auskunft des RBS unverzichtbar.

Auch das RAW, zuständig unter anderem für die Theresienwiese, die Dulten und den Münchner Christkindlmarkt, möchte gerne weiterhin in Eigenregie die Drehanfragen für ihre Bereiche bearbeiten. Hier ist ein direkter Austausch zwischen Antragsteller und Veranstalter notwendig, da auch Sicherheitsfragen und Aktualität direkt geklärt werden müssen. Für Drehanfragen in den meisten anderen städtischen Gebäuden ist das Kommunalreferat, Immobilienmanagement, zuständig. Die Zusammenarbeit mit dem Kommunalreferat hat sich auch nach Aussage des Direktorioms bewährt und sollte beibehalten werden.

Laut Auskunft der betroffenen Referate und Eigenbetriebe bleiben eine detaillierte Abstimmung sowie eine Betreuung vor Ort unabdingbar, weil sie mit dem Betriebsablauf in Einklang gebracht werden muss. Diese Aufgabe kann jeweils nur durch die direkt betroffene Stelle übernommen werden. Mit Antragstellung und Aushändigung der Genehmigung oder des Vertrages direkt beim Servicebüro Film würde lediglich eine weitere Stelle dazwischen geschaltet und der Verfahrensablauf verzögert werden.

Aufgrund der oben genannten Ausführungen sehen wir die Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners im Servicebüro Film als nicht zielführend an, weil dies keine nachhaltige Verbesserung für die Filmwirtschaft darstellt. Wir hoffen aber, der Filmbranche mit einem weiteren Ausbau der Lotsenfunktion bei konkreten Rückfragen helfen zu können und stehen daher auch mit dem FFF Bayern in fortwährendem Kontakt um den Service für die Filmwirtschaft weiter zu verbessern.

Wir bitten von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

Ladestationen für Mobiltelefone einrichten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Richard Quaas, Georg Schlagbauer, Thomas Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion) vom 22.4.2015

Antwort Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft:

Sie haben mit o. g. Antrag die Verwaltung gebeten, gemeinsam mit der Tourismus Initiative München e.V. (TIM) zu prüfen, ob in München an touristisch wichtigen Orten Ladestationen für Mobiltelefone eingerichtet werden können. Versuchsweise sollten vor einer generellen Einführung schon an 3-5 ausgewählten Orten in der Innenstadt solche Ladestationen für Mobiltelefone eingerichtet werden, damit die Erfahrungen in die Umsetzung eines breiteren Konzepts einfließen können. Auch sollten die Stadt und die TIM in einer Initiative anregen, dass Institutionen solche Ladestationen einrichten.

Ich bedanke mich für Ihre Anregung und berichte Ihnen, dass das Referat für Arbeit und Wirtschaft sich entsprechend dem Stadtratsantrag mit einigen Partnern an touristisch wichtigen Orten, insbesondere aber auch mit TIM in Verbindung gesetzt hat, um ein umfassendes Bild über den Bedarf an Ladestationen für Mobiltelefone und gegebenenfalls Erfahrungen über den Einsatz solcher Stationen zu erhalten.

Eine fristgerechte Vorlage war nicht möglich, da die erforderlichen Abstimmungen noch nicht abgeschlossen waren. Gleichzeitig darf ich mich für Ihre Geduld bedanken und Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Der Flughafen München beispielsweise ist bereits eingehend auf den Bedarf von Gästen bezüglich Aufladen ihres Mobiltelefons eingegangen, indem er in den nichtöffentlich zugänglichen Bereichen beider Terminals in den Sitzbänken Steckdosenleisten installiert hat, um den Passagieren ein kostenfreies Aufladen ihrer Mobilgeräte zu ermöglichen. Im neueröffneten Satelliten wurden diese Einrichtungen auch umfänglich von Anfang an geplant und entsprechend eingebaut. Diese Maßnahmen folgen auch dem vielfachen Kundenwunsch nach zusätzlichen Steckdosen für den Betrieb und das Laden von elektronischen Geräten. Spezielle Ladestationen für Mobiltelefone wurden bisher hingegen nicht explizit nachgefragt, da die Passagiere regelmäßig ein Ladekabel mitführen. Ein solches könne in den Terminals jederzeit auch erworben werden. Auch stehen Internetinseln

(PCs mit kostenlosem und unbegrenztem Zugang) zur Verfügung, über die kurzfristig die Suche nach bestimmten Informationen sowie auch ein Abrufen der Emails und Ähnliches ohne weiteres möglich sei.

Von TIM wird die Rückmeldung gegeben, dass sich die Münchner Tourismuswirtschaft bereits in Eigeninitiative auf die steigende Präsenz von mobilen Endgeräten wie Smartphones oder Tablets bei ihren Gästen eingestellt hat. Vor diesem Hintergrund wird aus Sicht der touristischen Leistungsträger in der Thematik derzeit kein besonderer Handlungsbedarf seitens der Verwaltung gesehen. Vielmehr ergibt sich das Bild, dass die in eine solche Infrastruktur bereits getätigten Investitionen seitens der Privatwirtschaft selbstverständlich erweitert werden würden, sofern sich der Kundenbedarf hierfür zeigt.

Insgesamt bewegen sich die von den Mitgliedern bereits getätigten Erstinvestitionen für solche Ladestationen in einem Umfang von 400 Euro bis ca. 5.000 Euro. Als Beispiele für Anbieter von Ladestationen wurde innerhalb der Umfrage u.a. das Münchner Startup PowFox GmbH sowie die in Kiel ansässige Biele-Media und die Stuttgarter Akkumat GmbH genannt.

Dem Angebot wird von den TIM-Mitgliedern zwar eine positive Kundenresonanz bescheinigt, diese ist allerdings auch mit einem hohen Aufwand für Administration und Instandhaltung (Vandalismus) verbunden. Aus diesem Grund stellt sich auch für öffentliche Institutionen die wichtige Frage nach der Bereitstellung der notwendigen Personalkapazitäten und Kosten für die Wartung von Ladestationen, auch wenn als Gegenleistung eine Gebühr genommen werden würde.

Darüber hinaus deuten die Rückmeldungen darauf hin, dass nach den Erfahrungen der Unternehmen der Gast selbstständig individuelle Vorsorgemaßnahmen trifft (z. B. durch den Erwerb von Ladekabeln im stationären Einzelhandel zur Nutzung an „öffentlichen“ Steckdosen oder durch die Anschaffung von „Powerbanks“).

Zur Steigerung der Gästezufriedenheit bzw. des Aufenthaltskomforts im öffentlichen Raum wird in diesem Zusammenhang vielmehr großes Potenzial im zeitnahen Ausbau des öffentlichen WLAN-Netzes innerhalb der Innenstadt gesehen, welches sich seitens der LH München ja in der Umsetzung befindet.

Dem Referat für Arbeit und Wirtschaft/Fachbereich Tourismus ist in den letzten Jahren keine Anfrage seitens eines Gastes bekannt geworden, der



z. B. in den Touristinformationen nach einer Lademöglichkeit für sein Mobiltelefon nachgefragt hätte.

Auf Grund dieser sehr verhaltenen Resonanz aus der Tourismuswirtschaft bezüglich Einrichtung von Ladestationen für Mobiltelefone, aber auch des fehlenden gemeldeten Bedarfs von Seiten der Endkunden (beispielsweise in den Touristinformationen), dürfen wir Ihnen aber mitteilen, dass wir Ihre Anfrage zum Anlass genommen haben, bei den beteiligten Partnern um Unterstützung zu werben.

So hat sich das Kulturreferat bereiterklärt, im Stadtmuseum am St.-Jakobs-Platz eine Handyladestation einzurichten und uns über deren Nutzung entsprechend zu informieren. Ferner werden wir im Rahmen der Neugestaltung der Touristinformation am Rathaus die Möglichkeit prüfen, USB-Ports zur Verfügung zu stellen, so dass bei Bedarf das Mobiltelefon geladen werden kann.

Weiterhin werden wir das Thema „Ladeinseln“ im öffentlichen Raum im Auge behalten und unsere Partner bitten, USB-Ports oder auch Steckdosen in ihren gastronomischen Bereichen, Hotels, usw. zu ermöglichen, um dem gesteigerten Interesse der Münchnerinnen und Münchner, aber auch der Touristinnen und Touristen, mobil zu sein, entgegenzukommen.

Abschließend darf ich noch darauf hinweisen, dass wir derzeit unser Angebot an Souvenirs überarbeiten. So prüfen wir zur Zeit, PowerBanks, gebrandet mit dem Logo von München Tourismus „Einfach München“, für einen günstigen Preis anzubieten, so dass hier München auch mobil „einfach dabei“ ist.

Sehr geehrte Frau Stadträtin Frank, sehr geehrte Herren Stadträte, wir werden die weitere Entwicklung in diesem Segment beobachten und bedarfsgerecht agieren, sehen jedoch den Einzelhandel, die Gastronomie und die Hotellerie hier federführend. Dass die mobile Erreichbarkeit und Nutzung einen hohen Stellenwert in unserer Arbeit genießt, sehen Sie auch in unserem aktuellen Umsetzungsprojekt des Orientierungssystems Innenstadt mit WLAN-Anschluss, im Glasfaserausbau, in der Optimierung der LTE-Fähigkeit in den U-Bahntunneln und dem weiteren Ausbau von WLAN-Hotspots.

Ich hoffe, dass Ihrem Anliegen damit ausreichend Rechnung getragen wurde und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



Kreislaufwirtschaft als Chance begreifen III
Aushang der Termine Münchner Repair Cafés in allen Münchner Wertstoffhöfen

Kreislaufwirtschaft als Chance begreifen IV
Attraktive, künstlerische Neugestaltung der Münchner Wertstoffcontainer

Anträge Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) und Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP) vom 8.12.2016

Antwort Kommunalreferent Axel Markwardt:

In Ihrem Antrag Nr. 14-20/A 02711 vom 8.12.2016 fordern Sie:

„Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) wird gebeten, monatlich alle Veranstaltungen von Münchner Repair Cafés bzw. Reparaturinitiativen in den Münchner Wertstoffhöfen durch Aushang und über die verwendeten Marketingkanäle bekannt zu machen“

Sie begründen Ihren Antrag damit, *„dass in München das Angebot von ehrenamtlich organisierten Reparaturveranstaltungen wächst. Immer mehr Münchnerinnen und Münchner nehmen dieses Angebot wahr, bringen ihre reparaturbedürftigen Gegenstände und reparieren diese gemeinsam mit engagierten Tüftlern und Tüftlerinnen. Viele Dinge enden damit nicht im Abfall, sondern haben so eine verlängerte Lebensdauer. Ressourcen werden effektiver verwendet, Abfall wird reduziert und nebenbei ermöglichen diese Veranstaltungen ein soziales Miteinander im Stadtviertel. Die ehrenamtlich organisierten Veranstaltungen haben jedoch eine begrenzte Öffentlichkeit, meist nur im eigenen Viertel. Wertstoffhöfe sind der ideale Ort, um noch kurz vor der Entsorgung auf diese Reparaturmöglichkeiten hinzuweisen.“*

Des Weiteren fordern Sie in Ihrem weiteren Antrag Nr.14-20/A 02714:

„Die Stadtverwaltung, insbesondere das Kulturreferat gemeinsam mit dem AWM, wird gebeten, einen Wettbewerb für die Gestaltung der Münchner Wertstoffcontainer auszuloben und die Ergebnisse dem Stadtrat vorzulegen. Dabei sollte das neue Design dieser Container nicht nur ästhetischen Gesichtspunkten der Stadtgestaltung genügen, sondern insbesondere das Thema ‚Wertstoffe, Recycling, Ressourcenrückgewinnung, Kreislaufwirtschaft‘ transportieren. Ein besonderes Augenmerk sollte außerdem auf den Dank an die Bevölkerung für ihre Bereitschaft zum Sammeln, Sortieren



und Abgeben gelegt werden. Weitere Kriterien für die praktische Nutzung sollten vom AWM und den Recyclingunternehmen vorgegeben werden.“

Sie begründen Ihren Antrag damit, „dass es in München circa 1.000 sogenannte Wertstoffinseln gibt. Die derzeit existierenden gelblichen Behälter sind oft unansehnlich und stören vielerorts das Stadtbild. Ein ästhetisches Design würde die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen und dazu beitragen, die Wertstoffcontainer gut in die Stadtlandschaft zu integrieren.“

Nach § 60 Abs. 9 Geschäftsordnung (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihrer beiden Anträge betrifft jeweils ein laufendes Geschäft des Eigenbetriebs, dessen Besorgung nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit der Betriebssatzung dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Wege erfolgt.

Zu Antrag Nr. 14-20/A 02711

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) hält die Münchner Repair-Cafés und ähnliche Reparaturinitiativen für sehr sinnvolle Einrichtungen, weil sie durch ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung und zum sozialen Miteinander leisten.

Ende November fand im Rahmen der Europäischen Woche der Abfallvermeidung in der neuen Halle 2 und in Kooperation mit der Münchner Initiative „Repair-Café Menzing“ ein Reparaturtag statt, der von den Kunden und Kundinnen der Halle 2 gut angenommen wurde. Diese Veranstaltung wurde sowohl über die Pressemitteilungen des AWM als auch über das Internet und die sozialen Medien veröffentlicht.

Inzwischen gibt es in vielen Stadtteilen entsprechende Initiativen, die mehrfach pro Jahr in unterschiedlichen Abständen stattfinden. Die Termine für die Repair-Cafés werden mit sehr variablem zeitlichen Vorlauf über verschiedene Medien, wie z. B. Internetplattformen, bekannt gegeben.

Eine Zusammenstellung der Veranstaltungszeiten und -orte ist mit großem Rechercheaufwand und entsprechendem Personaleinsatz verbunden. Die so gesammelten Daten müssten dann noch in Form gebracht, gedruckt und an die zwölf Wertstoffhöfe verteilt werden. Zudem wäre auch noch eine laufende Aktualisierung der Infomedien (z. B. bei Terminänderungen) auf den Wertstoffhöfen erforderlich, was den Aufwand noch weiter erhöht.

Die langjährige Erfahrung zeigt, dass die Verweildauer der Kunden auf den Wertstoffhöfen sehr kurz ist. Schriftliche Aushänge werden daher kaum wahrgenommen.

Aus diesen Gründen hält es der AWM für erfolgversprechender, die Repair-Cafés über einen eigenen, neu zu erstellenden Bereich auf der AWM-Internetseite zu bewerben und von dort auf die jeweiligen Einrichtungen zu verlinken. Diesen Bereich wird der AWM im zweiten Quartal 2017 einrichten. In einem nächsten Schritt wird über dies hinaus die Möglichkeit geschaffen, dass sich interessierte Repair-Café-Einrichtungen selbst auf der Internetseite des AWM registrieren und entsprechende Informationen hinterlegen und pflegen können.

Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass eine erheblich größere Zielgruppe die Möglichkeit hat, sich über die Repair-Cafés zu informieren – ganz unabhängig von einem Wertstoffhofbesuch. Damit stellen wir den Bürgerinnen und Bürgern ein bequemes und vor allem auch aktuelles Informationsmedium zu den Reparaturinitiativen zur Verfügung.

Zu Antrag Nr. 14-20/A 02714

Bevor auf die Gestaltung der Wertstoffinseln eingegangen wird, muss betont werden, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger – und dazu zählt auch die Landeshauptstadt München bzw. der AWM – seit nunmehr 25 Jahren aus der Verpackungssammlung durch Gesetz ausgeschlossen wurden. Somit verlor die öffentliche Hand jegliche Verantwortung über die Sammlung oder das dazugehörige Sammelsystem. Selbstverständlich ist dem AWM bekannt, dass die Wertstoffsammelbehälter keine „Zierde“ im Stadtbild sind. Aufgrund der Rechtssituation hat aber der AWM bei der Gestaltung von Wertstoffsammelstellen nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit zur Einflussnahme. Betreiber der Container und deren Eigentümer ist nicht die Landeshauptstadt München, sondern die von der Dualen System Deutschland GmbH beauftragten Subunternehmerfirmen.

Unabhängig davon, dass der AWM den privaten Entsorgungsfirmen keine Vorschriften über die äußerliche Gestaltung ihres Eigentums machen kann, hat die Landeshauptstadt dennoch ein Interesse daran, dass sich die Wertstoffcontainer soweit wie möglich in das Stadtbild einfügen. Die derzeit in München zum Einsatz kommenden Behälter und Farben wurden seinerzeit von der Stadtgestaltungskommission ausgewählt und als am wenigsten störend empfunden. Mittlerweile wird das Handbuch „Mobilier im öffentli-

chen Raum“ fortgeschrieben. Die derzeit in München verwendeten Containertypen und Farben werden darin als gegeben verwendet.

Trotzdem hatte der AWM bzw. das frühere Amt für Abfallwirtschaft immer wieder Vorstöße zur Veränderung von Containerinseln betrieben. So wurden mehrere Gestaltungswettbewerbe mit begleitet oder sogar angestoßen, Bürgerbefragungen zu anderen Behältern (Formgebung und Farbe – auch mit Musterbehältern) durchgeführt und immer wieder Verhandlungen mit den Dualen Systemen zu dieser Thematik abgehalten. Die Dualen Systeme sind jedoch in keiner Weise bereit – insbesondere wegen der Kosten – irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, die Containerinseln attraktiver zu gestalten.

Leider haben auch die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt, dass eine Änderung der Farbgebung oder des Designs neue Probleme aufwirft. Derartige Änderungen, wenn sie denn in irgendeiner Form finanziell möglich wären, finden zwar stets viele Befürworter, aber auch ebenso viele Gegner. So ergab beispielsweise eine Bürgerbefragung auf dem Marienhof, bei der sieben verschiedene Behältertypen zum Vergleich aufgestellt waren, eine komplette Pattsituation. Jeweils 33 Bürger entschieden sich für einen speziellen Typ als optisch am ansprechendsten.

Auch die Betreiberfirmen haben in der Vergangenheit Bemühungen unternommen, die Depotcontainer attraktiver gestalten zu lassen. So haben die Firmen einen Container-Mal-Wettbewerb der Münchner Schulen veranstaltet. Leider wurden die bemalten Wertstoffsammelbehälter nie an Containerinseln aufgestellt, da Proteste aus der Bürgerschaft dies im Vorfeld bereits verhindert haben. Diese Beispiele zeigen sehr deutlich, dass gerade beim Containerdesign die Meinungen weit auseinandergehen. Die Auslobung eines erneuten Wettbewerbes ist somit nicht zielführend und wird unter Berücksichtigung des Aspektes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Verwaltung auch nicht durchgeführt.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten; damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Keine Antwort ist auch eine Antwort – nochmals nachgefragt: Sex-Übergriffe junger „Flüchtlinge“ im Münchner Rathaus

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.1.2017

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Auf Ihre Anfrage vom 3.1.2017 nehme ich Bezug;
in Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die ‚Rathaus-Umschau‘ veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 28.12.2016 die Antworten des Münchner Oberbürgermeisters auf insgesamt drei schriftliche Anfragen von Münchner Stadträten, die sich mit den Vorkommnissen während einer ‚18.jetzt‘-Party für junge Volljährige am 29.10.2016 beschäftigten. Es handelt sich um eine Anfrage des Kollegen Pretzl (CSU) vom 1.12.2016 sowie um zwei Anfragen des Fragestellers vom 2.12.2016. Während der fraglichen Party war es im Rathaus bekanntlich zu Übergriffen männlicher ‚Flüchtlinge‘ auf junge Frauen gekommen, der Münchner Oberbürgermeister hatte sich zu den Vorkommnissen allerdings erst Wochen später in sachlich dünner Form geäußert.

Auch die jetzt veröffentlichten Antworten auf die genannten Stadtrats-Anfragen sind leider weithin unzulänglich und liefern nicht den gewünschten Aufschluß. Sie müssen dem Oberbürgermeister, der über die angefragten Sachverhalte Kenntnis hat, deshalb leider nochmals zur Beantwortung vorgelegt werden.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

In welcher Form wurden die Vorkommnisse von der Rathausführung – etwa im Direktorium, im Ältestenrat etc. – thematisiert? Inwieweit wurde dabei die Behandlung bzw. Nichtbehandlung der Vorfälle der Öffentlichkeit und den Medien gegenüber thematisiert? Mit welchem Ergebnis? Bemerkung: Auf diese Frage antwortete der Oberbürgermeister mit Datum vom 28.12. völlig unzureichend wie folgt: „Die Vorfälle wurden in der zuständigen Dienststelle thematisiert.“ Um welche Dienststelle handelte es sich dabei? Um Beantwortung der weiteren o.g. Fragen wird gebeten!

Antwort:

Die Veranstaltung wurde vom Direktorium-Protokollabteilung in Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister organisiert. Dort wurden die



Vorfälle thematisiert. Eine Nichtbehandlung gegenüber der Öffentlichkeit oder gegenüber den Medien war dabei kein Thema.

Frage 2:

Wie viele „Flüchtlinge“ wurden vom OB eingeladen? Konkret: wie viele der stadtseitig eingeladenen 12.758 Personen waren „Flüchtlinge“?

Antwort:

Wie bereits beantwortet, wurden ausschließlich Personen eingeladen, die zwischen 19.10.1997 und 30.10.1998 geboren sind und zum Stichtag 19. September 2016 laut Melderegister mit ihrem Hauptwohnsitz in München gemeldet waren. Eine weitere Differenzierung fand nicht statt.

Frage 3:

Wie wurde der auch von Lokalmedien erwähnte Auftrag des OB umgesetzt, eigens „viele Flüchtlinge“ zu der Party einzuladen?

Antwort:

Es gab keinen derartigen Auftrag.



Keine Islam-Propaganda in München – Koran-Verteilungen stoppen!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.10.2016

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

Mit Ihrem Schreiben vom 7.10.2016 haben Sie den o.g. Antrag gestellt.

Sie beantragen einen Stadtratsbeschluss mit dem Ziel, dass die Stadtverwaltung keine Sondernutzungserlaubnisse in Form von Informationsständen, an denen auch der Koran kostenlos abgegeben wird, mehr genehmigt.

Zur Begründung gaben Sie an:

„Seit längerem finden im Münchner Stadtgebiet, bevorzugt im Innenstadtbereich, Koran-Verteilaktionen der muslimischen Initiative ‚Lies!‘ statt. Die Gruppierung betreibt gezielte Missionstätigkeit unter Nicht-Muslimen. Sie sieht sich seit langem dem Vorwurf ausgesetzt, mit ihren Aktionen nicht zuletzt Sympathisanten und Aktivisten für die Terrororganisation ‚Islamischer Staat‘ (IS) anzuwerben.

Vor dem Hintergrund der jüngsten islamistischen Terroranschläge, von denen auch München betroffen war, ist Islam-Propaganda im öffentlichen Raum allerdings auch unabhängig von etwaigen Verbindungen in die gewaltbereite Islam-Szene hinein schwer erträglich. Der Koran, die heilige Schrift des Islam, ist per se kein friedliches Buch. Er enthält vielmehr an zahlreichen Stellen unverhohlene Aufrufe zur Gewalt gegen ‚Ungläubige‘, die angesichts weltweit wachsender Spannungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen außerordentlich problematisch sind. Die Stadt München sollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, islamistischer Propaganda und islamischer Missionierung ein Forum zu bieten, indem sie unter dem irreführenden Siegel der religiösen Toleranz unkritisch öffentliche Koran-Verteilaktionen zulässt.

Tatsächlich besteht keinerlei Veranlassung, Organisationen wie der Initiative ‚Lies!‘ unter Verweis auf das Gebot der freien Religionsausübung städtisches Terrain im Wege der Sondernutzung für ihre Werbe- und Missionierungsaktivitäten zu überlassen. Im Wiener Gemeindebezirk Döbling wurde erst dieser Tage zum ersten Mal in einer österreichischen Kommune die Verteilung von Gratis-Koranen verboten:

Aufgrund von Anwohnerprotesten und einem Antrag der FPÖ in der Bezirksvertretung (vergleichbar den Bezirksausschüssen der LHM) sind derartige Aktionen künftig untersagt. Auch in Wien sorgten Verteilaktionen von Gratis-Koranen in der Vergangenheit immer wieder für Unbehagen. In der Bezirksvertretung von Döbling fand ein FPÖ-Antrag zum Verbot von Koran-Verteilungen deshalb Zustimmung über die Parteigrenzen hinweg. ÖVP und SPÖ stimmten zu (hier nach: <http://www.krone.at/oesterreich/wien-doebling-verbietet-koran-verteilungen-als-erster-bezirk-story-533063>; zul. aufgerufen: 7.10.2016, 0.48 Uhr; KR).

Eine analoge Vorgehensweise ist auch der bayerischen Landeshauptstadt München ans Herz zu legen. Das zwangloseste Instrument, um islamistische Koran-Verteilaktionen im öffentlichen Raum der LHM künftig zu unterbinden, wäre die Versagung von Sondernutzungen städtischer Flächen durch das KVR – ein Mittel, von dem das Kreisverwaltungsreferat bekanntlich auch in anderen Fällen Gebrauch macht. Dem öffentlichen Frieden und dem christlich-abendländischen Antlitz unserer Stadt würde die LHM damit einen guten Dienst erweisen.“

Das Kreisverwaltungsreferat ist als Kreisverwaltungsbehörde für die Genehmigungen von Sondernutzungen nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz zuständig. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich. Zu Ihrem Antrag vom 7.10.2016 teilen wir Ihnen aber Folgendes mit:

Die Prüfung, inwieweit ein Informationsstand als Sondernutzung genehmigt oder versagt wird, umfasst zunächst straßen- und wegerechtliche Aspekte wie die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs. Durch das Kreisverwaltungsreferat als Genehmigungsbehörde findet im Vorfeld keine Überprüfung der an dem jeweiligen Informationsstand verbreiteten Meinungen und Informationen statt, weil mit der Sondernutzungserlaubnis nur die Befugnis erteilt wird, den öffentlichen Raum über den im Rahmen des Gemeingebrauchs üblichen Umfang zu nutzen. Anders ist es, wenn die Tätigkeit der Verantwortlichen vor Ort gegen ein gesetzliches Verbot verstößt. Ein solches Verbot besteht seit dem 15.11.2016 bezüglich der Vereinigung „Die wahre Religion“ (DWR) alias „LIES! Stiftung“/„Stiftung LIES“ nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 und 3 i.V.m. § 17 Nr. 3 Vereinsgesetz. Deswegen werden die Antragsteller von Informationsständen zum Thema „Islam“ vor Genehmigung durch die Kreisverwaltungsbehörde auf Zugehörigkeit zu dieser verbotenen Vereinigung überprüft. Entsprechend wurden auch



Sondernutzungserlaubnisse, die bereits vor Bestehen des Vereinsverbots genehmigt wurden, mit Bescheid vom 18.11.2016 mit sofortiger Wirkung widerrufen.

Informationsstände zum Themenkomplex „Islam“, deren Verantwortliche nicht zu der o.g. verbotenen Vereinigung gehören, können weiterhin genehmigt werden, soweit keine straßen- und wegerechtlichen Aspekte entgegenstehen. Die Genehmigung umfasst auch die Verteilung des Korans. Dies ist durch die Meinungsfreiheit nach Art. 5 Grundgesetz und die Religionsfreiheit nach Art. 4 Grundgesetz gedeckt. Das Kreisverwaltungsreferat befindet sich aber in ständigem Austausch mit Polizei und Verfassungsschutz, die für die strafrechtliche Bewertung der verbreiteten Informationen und den materiellen Verfassungsschutz zuständig sind. Die übermittelten Erkenntnisse werden geprüft, um im Einzelfall erforderliche Maßnahmen anzuordnen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 31. Januar 2017

Biodiversität: Zwei zusätzliche Wildblumenwiesen pro Stadtbezirk auf öffentlichen Grünflächen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Evelyne Menges, Manuel Pretzl und Sebastian Schall (CSU-Fraktion)

Stadtjugendamt besser aufstellen 1

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Marian Offman (CSU-Fraktion)

Stadtjugendamt besser aufstellen 2

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Marian Offman (CSU-Fraktion)

Stadtjugendamt besser aufstellen 3

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Marian Offman (CSU-Fraktion)

MVV-Karten für die Hin- und Rückfahrt in die Bayernkaserne

Antrag Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller, Dominik Krause und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Stadtpolizei mit hoheitlichen Aufgaben zur Durchsetzung des Münchner Stadtrechts einführen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Deutschlandweit steigt der Drogenkonsum unter Schülern deutlich – auch in München?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Auskunftspflicht der Referate – Wird die Stadtrats-Opposition regelmäßig benachteiligt?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Sebastian Schall
Stadträtin Dr. Evelyne Menges
Stadträtin Beatrix Burkhardt

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

31.01.2017

Biodiversität: Zwei zusätzliche Wildblumenwiesen pro Stadtbezirk auf öffentlichen Grünflächen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt München legt im Jahre 2017 in jedem Stadtbezirk auf öffentlichen Grünflächen jeweils in Zusammenarbeit mit bzw. Beratung durch den Landesbund für Vogelschutz zwei neue Wildblumenwiesen an.
2. Das Baureferat / Gartenbauamt wird beauftragt zu prüfen, welche Bereiche auf öffentlichen Grünflächen in Zukunft naturnaher belassen d.h. extensiver „gepflegt“ werden können.

Begründung:

Die letzte Vogelzählung im Winter 2016/2017 hat sowohl bei der Gesamtzahl, als auch der Artenvielfalt einen starken Rückgang ergeben. München liegt bundesweit in puncto Grünflächenausstattung und biologischer Artenvielfalt auf dem vorletzten Platz der Großstädte, lediglich vor Duisburg. Dies ist natürlich dem notwendigen Wohnungsbau und der starken Nachverdichtung geschuldet, dennoch kann man auf den verbleibenden öffentlichen Grünflächen partiell etwas tun und die monotonen Rasenflächen durch Wildblumenwiesen ersetzen und dadurch naturnaher gestalten. Beispiele dafür gibt es im Stadtgebiet bereits, wie zum Beispiel in der Fockensteinstraße in Obergiesing. Das Gartenbauamt sollte in Zusammenarbeit mit dem Landesbund für Vogelschutz jeweils zwei geeignete öffentliche Grünflächen pro Stadtbezirk zu finden, die in 2017 umgestaltet werden können.

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Sebastian Schall, Stadtrat
Umweltpolitischer Sprecher

Dr. Evelyne Menges, Stadträtin
Tierschutzpolitische Sprecherin

Beatrix Burkhardt
Stadträtin

Stadtrat Marian Offman
Stadträtin Beatrix Burkhardt

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

31.01.2017

Stadtyugendamt besser aufstellen 1

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Stadtyugendamt baut umgehend ein internes Controlling auf, das insbesondere sowohl die Kostenerstattung von Leistungen als auch die rechtlichen Vorgaben, z.B. Stadtratspflichtigkeit von Anweisungen, im Mittelpunkt hat. Dem Stadtrat werden zeitnah die problematischen Schwerpunkte vorgestellt.

Begründung:

Das städtische Revisionsamt musste sich in letzter Zeit mehrfach mit dem mangelhaften Verwaltungshandeln des Stadtyugendamtes befassen. Diese internen Probleme müssen umgehend abgestellt werden, um Schaden von der Stadt München abzuwenden.

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Marian Offman, Stadtrat

Stadtrat Marian Offman
Stadträtin Beatrix Burkhardt

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

31.01.2017

Stadtyugendamt besser aufstellen 2

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird berichtet, wie sich die derzeitige Personalausstattung in den jeweiligen Abteilungen des Stadtyugendamtes und in der Sachbearbeitung von minderjährigen und heranwachsenden Flüchtlingen darstellt. Insbesondere wird die Ausstattung in der Leitung/Geschäftsführung detailliert und differenziert nach Berufsgruppen erläutert.

Begründung:

Das Stadtyugendamt hat seit einiger Zeit mit größeren Problemen zu kämpfen. Damit die umfangreiche Aufgabe im Amt bewältigt werden kann, muss auch die Fachlichkeit des Personals dem Bedarf entsprechend sein.

Marian Offman, Stadtrat

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Stadtrat Marian Offman
Stadträtin Beatrix Burkhardt

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

31.01.2017

Stadtjugendamt besser aufstellen 3

Dem Stadtrat wird die Organisation des Stadtjugendamtes für folgende Bereiche dargestellt: Abrechnung mit den Beauftragten der Freien Trägern und den übergeordneten Kostenträgern wie z.B. Bezirk Oberbayern sowie die Inobhutnahme von Minderjährigen und Heranwachsenden. Es wird dabei besonders auf die sachgerechte personelle Zuordnung geachtet, Probleme werden aufgezeigt. Dem Stadtrat werden geeignete Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Begründung:

Die derzeitige Organisationsstruktur wird offensichtlich den multiplen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtjugendamtes nicht mehr gerecht und muss überprüft werden.

Marian Offman, Stadtrat

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 31.01.2017

MVV-Karten für die Hin- und Rückfahrt in die Bayernkaserne

Antrag

Die Stadt München stellt Menschen, die den Kälteschutz in Anspruch nehmen wollen, MVV-Karten für die Fahrt in die Bayernkaserne und zurück zur Verfügung.

Begründung:

Die Stadt München hat ein vorbildliches und deutschlandweit beachtetes Kälteschutz-System auf die Beine gestellt. Dieses stellt sicher, dass in München niemand bei Minustemperaturen im Freien schlafen muss. Dafür stellt die Stadt während der Kälteperiode Räume auf dem Gelände der Bayernkaserne zur Verfügung. Die Kapazität der zur Verfügung gestellten Betten wird zur Zeit nicht ausgeschöpft, weil viele Menschen die Kosten für die Fahrt von der Innenstadt zur Bayernkaserne nicht aufbringen können.

Die Beratungs- und Einweisungsstelle für den Kälteschutz „Schiller 25“ verfügt zwar über ein kleines Kontingent an MVV-Karten, die ihnen z.B. über den SZ-Adventskalender zur Verfügung gestellt werden. Doch diese reichen gerade, um absolute Härtefälle (Alte, Kranke etc.) abzudecken. Wir fordern daher die Stadtverwaltung auf, Finanzierungsmöglichkeiten für diese Fahrten und somit einen wirklich niederschweligen Zugang zum Kälteschutz zu gewährleisten.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Gülseren Demirel

Dominik Krause

Jutta Koller

Oswald Utz

Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München



München, 30.01.2017

ANTRAG

Stadtpolizei mit hoheitlichen Aufgaben zur Durchsetzung des Münchner Stadtrechts einführen

Der Oberbürgermeister setzt sich beim Bayerischen Innenminister dafür ein, das Bayerische Gemeindepolizeigesetz zu reformieren. Zielsetzung ist die mögliche Einführung einer bewaffneten Stadtpolizei mit hoheitlichen Aufgaben zur Erfüllung der Aufgaben aus dem Münchner Stadtrecht und zur Entlastung der Landespolizei.

Begründung:

Seit der letzten Gesetzesreformation im Jahr 2005 haben sich die Sicherheitslage und die gesellschaftliche Situation in Deutschland massiv verändert. Durch zusätzliche Aufgaben und extrem gestiegenen Arbeitsanfall ist die Polizei an ihrem Leistungslimit angekommen, Überstunden können kaum noch abgebaut werden und Aufgaben, die nicht akut und absolut notwendig sind, können mangels Personal kaum noch oder gar nicht mehr wahrgenommen werden.

Angekündigte Stellenmehrungen bei der Landespolizei haben eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren.

Die geforderte Stadtpolizei könnte gezielt und effektiv Abhilfe bei Problemfeldern in der Münchner Stadtgesellschaft. Deshalb ist es nötig, anstelle eines bloßen kommunalen Ordnungsdienstes eine echte Stadtpolizei mit hoheitlichen Kompetenzen zu schaffen.

Initiative:

Mario Schmidbauer

weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 • Fax: 089 / 233 – 207 70 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 31.01.2017

ANFRAGE

Deutschlandweit steigt der Drogenkonsum unter Schülern deutlich – auch in München?

Laut verschiedenen Medienberichten ist die Zahl der Drogendelikte an Schulen in Deutschland stark steigend. Diese haben sich in den letzten Jahren in Bundesländern wie Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt fast verdreifacht. Diverse Präventionsmaßnahmen zeigen wohl nur geringe Erfolge.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Drogendelikte wurden an Münchner Schulen in den letzten fünf Jahren erfasst?
2. Welche Tendenz lässt sich hieraus erkennen?
3. Welche Art von Drogen sind hier vorrangig festgestellt worden?
4. Welche und durch wen werden Präventionsmaßnahmen an Münchner Schulen durchgeführt?
5. Wie viele Kinder und Jugendliche werden durch diese Maßnahmen erreicht?
6. Können hieraus zählbare Erfolge verzeichnet werden?
7. Welche Kosten werden für die Präventionsmaßnahmen an Schulen aufgebracht?

Initiative:

Johann Altmann

weitere Fraktionsmitglieder: Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • bayernpartei@muenchen.de



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 31.01.2017

ANFRAGE

Auskunftspflicht der Referate – Wird die Stadtrats-Opposition regelmäßig benachteiligt?

Für Anträge und Anfragen aus dem ehrenamtlichen Stadtrat gelten für die städtischen Referate laut Geschäftsordnung des Stadtrats Bearbeitungsfristen von drei Monaten bzw. sechs Wochen – auch wenn diese in der Praxis in den allerwenigsten Fällen eingehalten werden. Mehrfache Fristverlängerungen von bis zu mehreren Jahren sind an der Tagesordnung.

Über die „offiziellen“ Anfragen hinaus gibt es jedoch häufig Fragen und Informationsbedürfnisse der ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte, die beispielsweise am Rande der Vollversammlung oder unkompliziert auf dem Büroweg geklärt werden könnten – vorausgesetzt, die Informationen der Referate fallen verlässlich und unparteiisch (unabhängig davon, ob der Fragesteller einer „Regierungs-“ oder „Oppositionspartei“ entstammt) aus. Von einer Gleichbehandlung kann jedoch leider nicht ausgegangen werden – mehrfach wurden unsere Fragen an Referentinnen und Referenten entgegen in der Vollversammlung gemachter Versprechen nicht beantwortet, telefonische Nachfragen ignoriert, erbetene Rückrufe erfolgten nicht und Terminanfragen wurden vollkommen missachtet trotz extra geschaffener Stelle eines Ansprechpartners für die Fraktionen im Büro eines neuen Referenten. Es ist sicher nicht im Sinne der Referate, wenn aus jeder inoffiziellen Frage mangels Reaktion eine offizielle Anfrage wird.

Offenbar werden hier kleinere Fraktionen von der städtischen Verwaltung systematisch schlechter behandelt und in ihrer politischen Arbeit ausgebremst.

Auch scheint häufig in Vergessenheit zu geraten, dass ein wesentlicher Aspekt der Verwaltungsarbeit in der Dienstleistung für den Stadtrat liegt.

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • bayernpartei@muenchen.de

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Gibt es verbindliche Regelungen und/ oder Vereinbarungen, wie mit dem berechtigten Informationsbedürfnis der ehrenamtlichen Stadträte umgegangen wird? Wenn ja, welche?
2. Innerhalb welcher Frist darf von Seiten der Fraktionen mit einer Antwort des betreffenden Referats gerechnet werden? Innerhalb welcher Frist mit einem Termin beim Referenten?
3. Gibt es Anweisungen des Oberbürgermeisters an die Referate, wie mit inoffiziellen Anfragen des ehrenamtlichen Stadtrats umgegangen werden soll? Wenn ja, welche?
4. Wie nimmt der Oberbürgermeister zu den geschilderten Missständen Stellung?
5. Wie kann im Sinne einer Gleichbehandlung aller demokratischen Kräfte des Stadtrates Abhilfe geschaffen werden?
6. Besteht die Möglichkeit, gezielt Informationen von zuständigen Sachbearbeitern Aufklärung und Information zu bekommen, oder muss immer der Weg über die Referatsleitung gegangen werden?

Initiative:

Richard Progl

weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Mario Schmidbauer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • bayernpartei@muenchen.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 31. Januar 2017

**Helge-Uve Braun löst Stephan Schwarz
als SWM Geschäftsführer Technik ab**
Pressemitteilung SWM

**MVG Rad: Weitere zwölf Stationen in
Betrieb**
Pressemitteilung MVG

Helge-Uve Braun löst Stephan Schwarz als SWM Geschäftsführer Technik ab

(31.1.2017) Am 1. Februar 2017 tritt Helge-Uve Braun seine neue Funktion als Technischer Geschäftsführer bei den SWM an. Er wurde vom SWM Aufsichtsrat im April 2016 zum Nachfolger von Stephan Schwarz berufen. Schwarz, der seit 1983 verantwortlich im Unternehmensbereich Versorgung und Technik tätig war und ihn in den letzten 14 Jahren als Geschäftsführer leitete, geht in den Ruhestand.



Der scheidende SWM Geschäftsführer Technik und sein Nachfolger: Stephan Schwarz (links) und Helge-Uve Braun.

MVG Information für die Medien

31.1.2017

MVG Rad: Weitere zwölf Stationen in Betrieb

Das Mietradsystem der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) wächst. In den vergangenen Wochen wurden insgesamt zwölf weitere MVG Radstationen fertiggestellt und eröffnet. Damit sind nun 84 von insgesamt 125 geplanten Stationen in Betrieb. Die neuen Standorte mit durchschnittlich zwölf Ständern befinden sich an folgenden Örtlichkeiten mit Umsteigemöglichkeiten zu den jeweils nachfolgend genannten Linien (teilweise Auswahl):



Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
 Pressestelle
 Telefon: +49 89 2361-5042
 E-Mail: presse@swm.de
 www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
 Matthias Korte
 Telefon: +49 89 2361-6042
 E-Mail: korte.matthias@swm.de
 www.mvg.de

Berg am Laim Bf.	S2/S4/S6, Tram 25, Bus 185/187/190/191
Flaucher Biergarten	
Giesing	S3/S7, U2/U7, Tram 17, Bus 54/59/139/147/220/N43/N44
Großhesseloher Brücke	Tram 15/25/N27
Heimeranplatz	S7/S20, U4/U5, Bus 62/63/N43/44
it@M (IT-Rathaus)	
Lehel	U4/U5, Tram 18
Rotkreuzplatz	U1/U7, Tram 12, Bus 53/62/63/144/N43/N44
Schloß Nymphenburg	Tram 17/N16, Bus 51/151/N78
St. Emmeram	Tram 16/18, Bus 50/188/189/232/N72
Trappentreustraße	Tram 18/19/N19, Bus 53/63/N43/N44
Vogelweideplatz	Tram 25, Bus N74

An allen nun insgesamt 84 bestehenden Stationen können MVG Räder schnell und einfach ausgeliehen und mit Preisvorteil zurückgegeben werden. Selbstverständlich besteht auch weiterhin die Möglichkeit, dass die

MVG Information für die Medien

Kunden ihr Rad innerhalb des Rückgabegebiets frei im öffentlich zugänglichen Raum abstellen und dort die Miete beenden. Auch diese Räder können mit der App „MVG more“ schnell und einfach gefunden und gemietet werden. Mittlerweile hat MVG Rad über 53.000 registrierte Nutzer; die Zahl der Ausleihen liegt insgesamt bei ca. 384.000 (seit Start im Oktober 2015).

„Die neue MVG Radstation am IT-Rathaus ist ein beispielhafter Beitrag der Landeshauptstadt München für Nachhaltigkeit und Mobilität in München. Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen von it@M jetzt eine eigene Verleihstation für MVG-Räder direkt am Agnes-Pockels-Bogen erhalten haben. Das ist eine praktische und gesunde Alternative für unsere Beschäftigten sowohl für dienstliche wie auch private Wege im Stadtgebiet“, so Monika Hable-Hafenbrädl, Geschäftsbereichsleiterin des Eigenbetriebs it@M, bei der offiziellen Übergabe der MVG Radstation durch MVG-Planungschef Gunnar Heipp.

Diese MVG-Radstation direkt am Haupteingang des Dienstgebäudes des städtischen IT-Dienstleisters ist die erste ihrer Art, die nicht unmittelbar fußläufig zu U-Bahn-, Tram- oder Busstationen installiert, sondern hier explizit an einem großen Firmenstandort aufgebaut wurde, um die Beschäftigten auf gesunde Art und Weise mobil zu machen. In enger Abstimmung und Zusammenarbeit wurde das Projekt zwischen it@M und der MVG umgesetzt. Seit Mitte November 2016 ist die MVG Radstation betriebsbereit und erfreut sich nach ersten Rückmeldungen aus der Mitarbeiterschaft jetzt schon großer Beliebtheit.

MVG-Planungschef Gunnar Heipp ergänzt: „Wir sind froh, nun ein weiteres Paket neuer MVG Radstationen auf die Straße gebracht zu haben. Zusätzlich ist die MVG Radstation am IT-Rathaus der Stadt München der Startschuss für mögliche Kooperationen mit Unternehmern und Arbeitgebern, um dieses flexible Produkt noch weiter auszurollen. Jede zusätzliche Station bringt unseren Partnern für deren Mitarbeiter und Kunden mehr Vorteile. Und je mehr das Stationsnetz wächst, umso attraktiver wird es für alle. Wir freuen uns, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem benachbarten IT-Rathaus gemeinsam mit ein- und aufsteigen und freuen uns auf weitere Kooperationen.“

Hinweis: Das Foto steht unter www.swm.de/presse zur Verfügung.